

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Redaktion und die Anzeigenverwaltung entgegen. — Erscheint werktäglich. — Fernsprech-Anschluss Nr. 22.

Verantwortlich: Die Redaktion. Druck: Die Anzeigenverwaltung. — Druckort: Chemnitz. — Druckzeitung: 1. Jahrgang, 1. Heft, 1. Seite.

Verantwortlich: Die Redaktion. Druck: Die Anzeigenverwaltung. — Druckort: Chemnitz. — Druckzeitung: 1. Jahrgang, 1. Heft, 1. Seite.

Nr. 144

Mittwoch, den 22. Juni 1932

27. Jahrgang

Lausanner Konferenz in der Krise

Immer wieder Frankreichs Widerstände — Plötzliche Vertagung der Vollsitzung

Lausanne, 20. Juni. Nach Schluß der heutigen Nachmittagsitzung, die nur wenige Minuten dauerte und an der alle Hauptdelegierten teilnahmen, wurde folgendes Kommuniqué ausgegeben:

Die Chefs der Delegationen und andere Delegierte der einladenden Mächte versammelten sich heute nachmittag um 4 Uhr im Hotel du Chateau. Der Präsident der Konferenz benachrichtigte seine Kollegen, daß Besprechungen im Gange seien und fortgesetzt würden zwischen den Delegationen über die Hauptprobleme der Konferenz. Um Zeit für die Entscheidung dieser Besprechungen zu gewinnen, wurde entschieden, die Vollsitzung, die für Dienstag, den 21. Juni, um 10 Uhr vorgesehen war, zu vertagen.

Der französische Widerstand

Paris, 20. Juni. Der Lausanner Berichterstatter des „Kampf“ meldet, daß die Besprechungen, die die englischen und französischen Minister heute vormittag gehabt haben, sich insbesondere auf die Anwendung der am 17. Juni angenommenen fünfjährige-Erklärungen bezogen haben, deren Folgen und praktische Tragweite jetzt zu prüfen sei. Dem Lausanner Berichterstatter des „Journal des Débats“ zufolge steht dabei im Vordergrund der Erörterungen ein Vorschlag des französischen Finanzministers Germain Martin, dem die Aufrechterhaltung der ungefähren Reparationszahlungen zugrunde liegt. Der Widerstand von französischer Seite übertrage auf englischer und deutscher Seite, wo man überzeugt gewesen sei, daß nach der Erklärung vom 17. Juni die Frage einer Aussetzung der Zahlungen für unbegrenzte Zeit durchaus die Billigung Frankreichs finde.

Besprechung der deutschen, französischen und englischen Hauptdelegierten in Lausanne

Lausanne, 20. Juni. Anschließend an die heutige kurze Nachmittagsitzung der einladenden Mächte fanden sich die deutschen, französischen und englischen Hauptdelegierten zu einer zwanglosen Besprechung im Garten des Hotel Beau-Rivage zusammen. Die Auslegung des heutigen Beschlusses, die für morgen anberaumte Konferenz zu vertagen, ist in diesem Konferenzteil verschieden. Im allgemeinen wird angenommen, daß man bei den vorangegangenen Besprechungen, wenn man auch nur leise Möglichkeiten zur Schaffung praktischer Pläne sich abzeichnen sah, diese erst etwa konkreter werden will, bevor man zu einer neuen Plenarsitzung zusammentritt. Eine pessimistischere Auffassung geht dahin, daß die Vertagung eben deshalb notwendig erscheine, weil noch nicht genügend Übereinstimmung in Bezug auf die vorhandenen Möglichkeiten zur Schaffung eines konkreten Arbeitsprogrammes vorliegt.

Für Frankreich eine „Zahlenfrage“

Herriot „begründet“ die Verfeinerung der Lausanner Besprechungen

Lausanne, 20. Juni. In einer Besprechung mit der französischen Presse legte der französische Ministerpräsident Herriot heute abend dar, daß es sich für Frankreich um eine durchaus konkrete Zahlenfrage handle. Während z. B. England in einer Erhebungsstudie von etwa 16 Millionen jährlich selbst an den deutschen Reparationsleistungen interessiert sei, habe Frankreich jetzt 850 Millionen auf die Dauer von 27 Jahren mit 5% Zinsen zu bekommen. Das sei ein konkretes Objekt, mit dem man rechnen müsse, während alle anderen bisher aufgetauchten Kombinationen abstrakt seien. Auch Jugoslawien z. B. habe 68 Mill. jährlich zu bekommen. In diesen Zahlen liege das Problem. Herriot führte weiter aus, bevor man mit Herrn von Papen zu einer Diskussion gelangen könne, müsse er sich mit MacDonald über die grundsätzliche Seite dieser Frage verständigen. Es sei deshalb nicht weiter verwunderlich, daß die Erörterungen bisher noch nicht weiter in Fluß gekommen seien. Es handelt sich dabei um die sogenannte Indemnité nette, also um die Ueberflüsse, die Frankreich, England, Jugoslawien usw. nach ihren eigenen Verpflichtungen für sich übrig behalten. Nach dem Empfang der französischen Presse empfing Ministerpräsident Herriot die Vertreter der Weltpresse.

denen er nur seinen allerherzlichsten Dank für ihre Mitarbeit aussprach.

Es erscheint schwer verständlich, daß auch jetzt noch in einem Augenblick, da das Reparationsexperiment sich als völliger Fehlschlag erwiesen hat, die ganze Frage von französischer Seite noch als reines Zahlenproblem gesehen und behandelt wird. Auch hier muß wieder darauf hingewiesen werden, daß es sich heute um die Rettung der Welt vor einem drohenden Zusammenbruch von unübersehbarer Ausmaße handelt und nicht um die Verbeibehaltung unnötig gewordener politischer Forderungen.

Englische Blätterstimmen

London, 20. Juni. „Times“ und „Morning Post“ drücken ihre Befriedigung über den ausgezeichneten Anfang der Lausanner Konferenz aus. „Morning Post“ hofft, daß die Konferenz nicht auseinandergehen wird, bevor eine abschließende Regelung gefunden ist. Die Aussichten auf einen Fortschritt seien durch die Rede des deutschen Reichskanzlers beträchtlich erhöht worden. „Times“ mahnt, hoffentlich werde die Lausanner Konferenz nach ihrem vorläufigen Anfang

die am Freitag angenommene Entschließung nicht zu einer Entschuldigung für Untätigkeit machen. Die vorige deutsche Regierung scheint an die vorige französische Regierung mit dem Ersuchen herangetreten zu sein, die gelegentlich des Hoover-Moratoriums bereinigte Transaktion mit der W.B. wegen der ungeschätzten Annullitäten aufhören zu lassen. Der Verzicht auf dieses theoretische Recht scheint von Frankreich ruhig und leicht geleistet worden zu sein, wenn auch nur provisorisch. „Times“ bezweifelt jedoch, daß Frankreich augenblicklich zu einer Politik der völligen Annulierung bekehrt werden könne. Wäre es ermutigend sei in Herrlots Rede die offene Anerkennung der Notwendigkeit einer gemeinsamen Politik und einer allgemeinen Wiederherstellung Europas gewesen. Praktische Ergebnisse aber seien umso wahrscheinlicher, je mehr die Verhandlungen auf das Ziel der Konferenz beschränkt werden könnten, nämlich auf eine Vereinbarung über die Kriegsschuldenszahlungen zwischen den europäischen Regierungen. Die unmittelbar wirksamste Methode der Erleichterung der Beziehung zwischen Schuldner und Gläubiger sei die Beseitigung des Überbruchs der Reparationen. Das Problem der Reparationen wird mehr durch Rührigkeit als durch Heiligkeit gelöst werden, und es ist dringend zu hoffen, daß alle Parteien der Versuchung widerstehen werden, Zugeständnisse auf einem Gebiet durch Ansprüche und Vorteile auf einem anderen Gebiet aufzuwiegen.

Schüsse im Westen

Anhaltende Ausschreitungen und Zusammenstöße in Westdeutschland

Ausschreitungen in Köln

Köln, 21. Juni. In den späten Abendstunden des Montag wurde in der Rheingasse ein Polizeiwachtmeister von Kommunisten überfallen. Der Beamte erhielt einen Messerstich in den Unterleib und wurde durch Steinwürfe verletzt, sobald er gezwungen war, von der Schutzwaaffe Gebrauch zu machen. Von den Tätern konnte niemand ermittelt werden. Auch konnte nicht festgestellt werden, ob einer der Angreifer durch die Schüsse verwundet wurde. Gegen 10 1/2 Uhr drangen Kommunisten in ein Lokal in der Rembrandtstraße, bedrohten dort anwesende Nationalsozialisten und begannen, die Einrichtung zu demolieren. Das Ueberfallkommando konnte jedoch keinen Täter mehr feststellen.

Ein Todesopfer einer politischen Schlägerei

Aachen, 20. Juni. Ein Trupp Nationalsozialisten aus Badweilert, die sich nach Merkscheid begeben hatten, um die dortigen Nationalsozialisten, die sie gerufen hatten, weil sie sich von Kommunisten bedroht fühlten, zu verstärken, wurde auf dem Rückwege von Kommunisten angegriffen. Ein Nationalsozialist wurde durch einen Bauchschuß tödlich verletzt.

Politische Ausschreitungen auch in Remscheid

Remscheid, 21. Juni. In den Abendstunden des Montag kam es auch hier zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, in deren Verlauf ein 23jähriger Kommunist durch einen Lungenschuß schwer verletzt wurde.

Ein Nationalsozialist angeschossen

Wesselnkirchen, 21. Juni. Auf der Josefinenstraße hatten sich heute abend gegen 10 1/2 Uhr etwa 200 Kommunisten versammelt. Als ein Angehöriger der NSDAP mit seinem Fahrrad vorbeifuhr, wurden auf ihn mehrere Schüsse abgegeben. Beim Herannahen des Ueberfallkommandos stoben die Demonstranten nach allen Seiten auseinander. Die Täter konnten im Schutze der Dunkelheit in den benachbarten Anlagen entkommen. Der Nationalsozialist hat einen schweren Oberschenkelbruch erlitten. Die Kriminalpolizei fand am Tatort sechs leere Patronenhüllen.

Ein Loter, zwei Schwerverletzte

Düsseldorf, 20. Juni. Aus einem Hause Ecke Karl-, Anton- und Kölner Straße wurden heute abend auf eine Zivilstreife der Schutzpolizei mehrere Schüsse abgegeben. Bei der Durchsuchung des Hauses fand man im 1. Stockwerk in einem Koffer-Grampophon eine scharf geladene Pistole und zahlreiche Munition. In den späten Abendstunden kam es Ecke Eintracht- und Kölner Straße zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und der Polizei, wobei wiederum die Polizei

beschossen wurde. Die Beamten erwiderten das Feuer, wobei ein Zivilist durch Kopfschuß schwer verletzt wurde. In Erkrath bei Düsseldorf wurde in der Nacht zum Dienstag ein Nationalsozialist von Kommunisten erschossen, ein zweiter schwer verletzt.

Kommunistischer Ueberfall auf Nationalsozialisten in Halle

Halle, 20. Juni. In Ammendorf-Beesen wurde in der vergangenen Nacht von Kommunisten ein Ueberfall auf Nationalsozialisten verübt. Ein Nationalsozialist erhielt einen Schuß in die Schulter. Die Polizei verhaftete 19 Personen.

Einkommen über 12000 Mark sollen weggesteuert werden

Ein Beschluß des Hauptausschusses des Preußenlandtages Berlin, 20. Juni. Der Hauptausschuß des preussischen Landtags hat am Montagabend einen kommunistischen Antrag angenommen, nach dem das Staatsministerium erucht wird, alle Einkommen, soweit sie 12 000 Mark im Jahr übersteigern, reißlos wegzuheben. Die „den Großkapitalisten, den Direktoren, der oberen Bürokratie, den Großpensionären und anderen überflüssigen Einkommensbesitzern weggehebelten Einkommensteile“ sollen zur höheren Unterfütterung aller Unterfütterungsbedürftigen und zur Arbeitsbeschaffung verwandt werden. Für den Antrag stimmten außer den Kommunisten die Sozialdemokraten, dagegen die Deutschen Nationalen, Nationalsozialisten und Zentrum enthielten sich der Stimme. Ein weiterer kommunistischer Antrag, der das Staatsministerium erucht, die durch die letzten Notverordnungen angeordneten Einkommensstützungen und Rassensteuern nicht durchzuführen, wurde mit den Stimmen der Antragsteller, Nationalsozialisten und Deutschen Nationalen angenommen.

Einbruch in die Zollschranken

Paraphierung einer holländisch-belgisch-luxemburgischen Zollunion

Lausanne, 20. Juni. Die Vertreter der holländischen, belgischen und luxemburgischen Regierung haben nach Befragung der interessierten Regierungen eine Konvention paraphiert, die die gegenseitige und progressive Herabsetzung der Wirtschaftsschranken vorsieht und die sie unverzüglich ihren Regierungen für die endgültige Annahme unterbreiten werden. Die teilnehmenden Staaten verpflichten sich, in ihren gegenseitigen Beziehungen keine neuen Zölle zu errichten und zu einer jährlichen Herabsetzung des gegenseitigen Zollniveaus von zehn Prozent bis zu einem bestimmten Niveau zu streben. Sie verpflichten sich fernerhin, untereinander keine neuen Einschränkungsmaßnahmen